

gen Bau- und Umsiedlungsmaßnahmen erheblich zugenommen (vgl. C.a., 2003/10, Ü 18), im Zuge derer es zu Verhaftungen und gerichtlichen Verurteilungen zu einigen Jahren Freiheitsentzug gekommen sein soll. Ein Regierungsbeamter in Shanghai äußerte in diesem Zusammenhang, dass die Regierung Kanäle eingerichtet habe, durch die die Menschen ihre Beschwerden und Proteste einreichen könnten. Jedoch würde denjenigen, die „die öffentliche Ordnung stören und gegen andere Vorschriften verstoßen“, nach geltendem Recht der Prozess gemacht.

So fand die Protestkundgebung der Shandong-Bewohner vor dem Regierungssitz einen Tag nach dem Gerichtsprozess gegen zwei Männer statt, die im Oktober auf dem Tiananmen-Platz gegen die Zerstörung ihrer Wohnungen demonstriert haben. Zhang Liji, 49 Jahre aus der Provinz Fujian, soll am 8. Oktober Flugblätter aus seinem Auto geworfen und dann versucht haben, sich und seinen Wagen in Brand zu stecken. Er wurde zu sechs Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Bereits am 1. Oktober, dem chinesischen Nationalfeiertag, soll sich Ye Guoqiang, 43 Jahre aus Beijing, über eine Brücke in einen Wassergraben am Tiananmen-Platz gestürzt haben, um auf diese Weise seinen Protest zum Ausdruck zu bringen. Ye erhielt zwei Jahre Freiheitsstrafe. In der Urteilsbegründung beider Fälle wird „Störung der öffentlichen Ordnung“ angeführt. (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 30.10., 7.11.03, nach BBC PF, 5., 11.11.03; DGB, 2.11.03, nach BBC PF, 4.11.03; XNA, 19., 28.11.03; SCMP, 21., 27.11.03, nach BBC EF, 22., 28.11.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Doktorandenausbildung

China verfolgt seit einigen Jahren das Ziel, seine besten Universitäten in Zentren exzellenter Lehre und Forschung umzuwandeln. Einen Engpass für die Stärkung der Forschung stellt der Mangel an hochqualifizier-

ten Nachwuchswissenschaftlern dar. Zwar wurde das Postgraduiertenstudium stark ausgebaut, sodass die Zahl der neu aufgenommenen Postgraduierten in den letzten Jahren jährlich um 30% wuchs, aber damit trat zugleich das Problem der Ausbildungsqualität immer mehr in den Vordergrund. Mit diesem Problem und der Frage, woher erstklassige Doktoranden kommen sollen, befasste sich kürzlich an der Qinghua-Universität ein nationales Forum mit über 300 Teilnehmern. Einig war man sich, dass hervorragende Promovierte nur in einer innovativen Umgebung und in einem neuen System herangebildet werden können. Hierfür hat das Bildungsministerium eine Reihe von Maßnahmen getätigt: Die hundert besten Dissertationen werden prämiert, ein Innovationszentrum für Postgraduierte wurde eingerichtet, und es werden Summer Schools für Postgraduierte durchgeführt.

Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus. Auf dem Forum wurde die Notwendigkeit gesehen, das gesamte System der Doktorandenausbildung zu reformieren und die Innovationsfähigkeit der Doktoranden zu steigern. Bislang war das Postgraduiertenstudium relativ formalisiert und einheitlich geregelt; Magister- und Doktorandenstudium verliefen getrennt, und die Zulassung erfolgte über formale Prüfungen. Nachdem die Hochschulautonomie in den 1990er Jahren stark ausgedehnt wurde, können die Universitäten nun auch neue Wege in der Gestaltung ihrer Postgraduiertenstudien gehen. So wird an mehreren Universitäten die Aufnahme zum Doktorandenstudium flexibler gehandhabt. Die Universität Beijing und die Qinghua-Universität beispielsweise haben die Aufnahmeprüfungen für Doktoranden reformiert und beurteilen die Bewerber nicht mehr allein nach ihren Fachkenntnissen, sondern haben verschiedene Prüfungsverfahren entworfen, bei denen die Kandidaten u.a. nach ihrer Denk-, Kritik- und Innovationsfähigkeit ausgewählt werden; an der Medizinischen Fakultät der Fudan-Universität werden bei der Aufnahme von Doktoranden die wissenschaftlichen Fähigkeiten insgesamt berücksichtigt, d.h. es kommt nicht mehr allein auf die Punktzahl in einem bestimmten Fach an. An der Chine-

sischen Universität für Wissenschaft und Technik wurden die beiden bislang getrennten Magister- und Doktorandenstudiengänge integriert, wobei in der ersten Phase die Lehre, in der zweiten das Forschen im Vordergrund steht. Dort brauchen die Doktoranden dann keine Aufnahmeprüfung mehr zu machen.

Zur Förderung der Innovationsfähigkeit der Forschungsstudenten hat die Fudan-Universität Innovationsfonds für Forschungsstudenten eingerichtet, mit denen Forschungsarbeiten gefördert werden. Die Qinghua-Universität veranstaltet seit 2001 Foren, auf denen Postgraduierte sich an wissenschaftlichen Diskussionen beteiligen und Referate halten können. Dieser Austausch, so der Präsident der Qinghua-Universität, sei für die Ausbildung der Doktoranden überaus wichtig.

Ein Problem des bisherigen Systems war, dass Doktoranden ihren Ausbilder nicht wechseln konnten. Auch hier setzt sich allmählich eine größere Flexibilität durch. Am Institut für Lebenswissenschaften der Akademie der Wissenschaften in Shanghai z.B. haben Doktoranden und Professoren ein Jahr oder länger Zeit, bevor sie eine Wahl treffen. Dies habe sich für die Forschungsarbeit als sehr förderlich erwiesen.

Diskutiert wurde auch über die Frage, nach welchen Kriterien das Innovative und die Forschungsergebnisse eines Doktoranden zu beurteilen seien, ob z.B. allein die Zahl der veröffentlichten Artikel ausschlaggebend sei. Auch in dieser Hinsicht spielen mittlerweile andere Kriterien für die Beurteilung der wissenschaftlichen Qualifikation eines Doktoranden eine Rolle. Wie der Vizepräsident der Südostchinesischen Universität erläuterte, muss an seiner Universität ein Doktorand mindestens drei Artikel veröffentlichten, aber ein Artikel kann auch durch Beteiligung an einem großen Forschungsprojekt oder durch ein Referat auf einer wissenschaftlichen Konferenz ersetzt werden. Man beurteile die Leistung eines Doktoranden anhand von drei Kriterien: der Qualität der Zeitschrift, in der ein Artikel erschienen sei, der Relevanz des Projekts und des innovativen Inhalts des jeweiligen Artikels. Am wichtigs-

ten sei die Qualität der wissenschaftlichen Ergebnisse, wenn die Abhandlung von hohem Niveau sei, würde die Promotion erteilt.

Weiteren Diskussionsstoff lieferte die Frage, welche Qualitäten für einen Doktoranden unverzichtbar seien. Bemerkenswert ist, dass ideologische Vorgaben keine Rolle mehr spielen. Stattdessen wurden Eigenschaften wie Interesse, Hingabe, Standhaftigkeit, Zielgerichtetheit, Ehrgeiz, innovativer Geist, gute Fachkenntnisse, soziale und kulturelle Kompetenz, kritischer Geist u.Ä. genannt.

Schließlich ging es auf dem Forum um die Qualität der Doktorväter, die als gravierendes Problem gesehen wurde. Überspitzt wurde die gegenwärtige Situation mit den Worten charakterisiert, dass auf „einen erstklassigen Studenten drei drittklassige Lehrer“ kommen. Dies beeinträchtigt insbesondere die Doktorandenbetreuung. Gute Doktorväter, die zur Anleitung von Doktoranden befähigt sind, seien sehr rar. Den meisten fehle es an Innovationsbewusstsein, hieß es. Innovationsbewusstsein bedeute, dass man die wissenschaftliche Entwicklung seines Faches mit Weitblick und gründlich verfolgt, dass man die eigenen Fachgrenzen überschreitet, das Wissen verschiedener Disziplinen verbindet und den Studenten vermittelt und dass man in der Lage ist, das Interesse und Innovationsbewusstsein der Studenten zu wecken und deren nonkonformistisches Denken zu fördern. Um den Professoren, die als Doktorväter fungieren, die Augen für diese Eigenschaften zu öffnen, hat die Südostchinesische Universität sog. „Salons für Doktorandenbetreuer“ eingerichtet, zu denen regelmäßig Akademiemitglieder und namhafte „Doktorväter“ eingeladen werden, die über ihre Erfahrungen bei der Doktorandenbetreuung berichten. Andere Universitäten wie die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik haben ihr System der Ernennung von Doktorandenbetreuern reformiert. Bei der Überprüfung der Qualifikation wird z.B. stärkeres Gewicht auf die wissenschaftliche Dynamik eines Professors gelegt. (Vgl. GM-RB, 6.11.03, B 1) -st-

14 Jobs für 70 Prozent der Hochschulabsolventen

Von den 2,12 Millionen Hochschulabsolventen dieses Jahres hatten laut Bildungsministerium 70 Prozent bis zum September eine Anstellung gefunden. Damit sei das Ziel erreicht worden, die diesjährige Einstellungsquote nicht unter die Quote des Jahres 2002 sinken zu lassen. Von Seiten des Ministeriums wird dies als großer Erfolg gewertet, denn immerhin ist die Zahl der Hochschulabsolventen in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 670.000 gestiegen. Zudem wurde die Jobsuche durch die Lungenepidemie SARS stark beeinträchtigt. Im Jahr 2004 werden 2,8 Millionen Graduierte die Hochschulen verlassen. In den gestiegenen Absolventenzahlen spiegelt sich die Ende der 1990er Jahre eingeleitete Politik der Ausweitung der Hochschulbildung wider. Kritiker dieser Ausweitung führen immer wieder das Argument der hohen Arbeitslosigkeit von Hochschulabsolventen ins Feld. Die Regierung jedoch sieht nach wie vor großen Bedarf an akademisch ausgebildeten Fachleuten und ist daher nicht gewillt, den Hochschulzugang wieder zu drosseln. Sie ruft die Jungakademiker dazu auf, in unterentwickelte Landesteile, insbesondere im Westen des Landes, zu gehen und sich dort am Aufbau und der wirtschaftlichen Entwicklung zu beteiligen. Verminderte Jobchancen für Jungakademiker sind hauptsächlich in den entwickelten Ostgebieten anzutreffen, wo der Arbeitsmarkt für Akademiker weitgehend gesättigt ist. Die Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, dass die Mehrzahl der Absolventen Jobs in den Großstädten des Ostens sucht. (Vgl. dazu XNA, 12.11.03 u. C.a., 2003/6, Ü 15) -st-

15 Mittel- und langfristiger Plan für Wissenschaft und Technik in Arbeit

China ist dabei, einen neuen mittel- und langfristigen Entwicklungsplan für Wissenschaft und Technik zu entwerfen. Er soll 15 Jahre umfassen und für die Jahre 2006-2020 Geltung haben. Federführend ist das Ministerium für Wissenschaft und Technolo-

gie. Wie ein Sprecher des Ministeriums erläuterte, wird der Schwerpunkt des Wissenschaftsplans auf strategischer Forschung zum Wohle der Menschen liegen. Strategisch bedeutet in diesem Falle, dass die zu fördernden Forschungsgebiete dem Ziel dienen, Chinas Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit angesichts der ökonomischen Globalisierung zu steigern und der chinesischen Gesellschaft zu Wohlstand zu verhelfen. Welche Gebiete im Einzelnen gefördert werden, teilte der Sprecher nicht mit.

Die VR China hat nach Aussage des Sprechers bislang insgesamt sieben Wissenschaftspläne aufgestellt. Die Zählung ist allerdings nicht ganz eindeutig, da sich die Pläne der Reformperiode teilweise überschneiden. So läuft zurzeit ein Plan, der den Zeitraum 2001-2010 umfasst. Die früheren Pläne, so der Sprecher, hätten der Entwicklung des Marktes und dem Mangel an Fachleuten nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Die Pläne werden also immer den veränderten Gegebenheiten und Prioritäten angepasst. Gegenwärtig werden vorrangig Elektronik und Informatik, Biowissenschaften und Pharmazie, neue Materialien, Raumfahrt, neue Fertigungstechnologie, Agrarwissenschaft, neue Energien und Meereswissenschaft gefördert.

Schon auf einer Tagung über die Planung der strategischen Forschung, die am 31.10. und 1.11.2003 in Beijing stattfand, hatte Staatsrätin Chen Zhili die Wissenschaftler zu verstärktem Austausch untereinander und Einbeziehung der Öffentlichkeit bei der Aufstellung des neuen Plans aufgerufen. Auch Ministerpräsident Wen Jiabao gab auf einer ähnlichen Veranstaltung Mitte November mit ausländischen Experten zu verstehen, dass man gern den Ratschlag ausländischer Fachleute in Anspruch nehme. Der Sprecher des Wissenschaftsministeriums sprach denn auch von „wissenschaftlicher Demokratie“, die bei der Aufstellung des Planes walte. Er betonte, dass man nicht nur den Rat in- und ausländischer Experten einhole, sondern auch die Öffentlichkeit aufrufe, im Internet Vorschläge zu unterbreiten und Meinungen zu äußern. Entscheidend dürfe die Beteiligung der Öffentlichkeit nicht sein, doch sorgt sie für weitgehenden Konsens. Maßgeblich sind

vielmehr die Forschergruppen, die die Forschungsthemen im Einzelnen planen und formulieren. (Vgl. RMRB, 12.11.03, S.11; XNA, 1. u. 13.11.03) -st-

16 Kampf gegen AIDS

Im Hinblick auf den Welt-AIDS-Tag am 1. Dezember hat die Chinesische Stiftung zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten und AIDS, eine Nichtregierungsorganisation, die eng mit dem Gesundheitsministerium zusammenarbeitet, den November zum Monat der Aufklärung über AIDS erklärt. Die Stiftung macht es sich zur Aufgabe, durch eine ganze Reihe von Aktivitäten die Bevölkerung über die Immunschwäche aufzuklären, indem sie Wissen über AIDS in den Medien publik macht, Vorträge in Universitäten organisiert und umsonst Broschüren sowie Kondome verteilt. Die Aktivitäten sind Teil des Aktionsplans zur Prävention und Kontrolle von AIDS, mit dem die Stiftung im März 2003 an die Öffentlichkeit trat. Die Stiftung setzt sich auch zum Ziel, Spenden von privater Seite zur AIDS-Bekämpfung einzutreiben (XNA, 5.11.03).

Eine der Veranstaltungen im Rahmen dieser Aktivitäten war ein internationales Seminar über AIDS und SARS an der Beijinger Qinghua-Universität, das große Beachtung fand, nicht zuletzt weil der ehemalige US-Präsident Clinton zu den über 300 Teilnehmern aus Medizin, Verwaltung und Wissenschaft sprach. In seiner Eigenschaft als Präsident der Internationalen Stiftung zur Prävention von AIDS versprach Clinton, sich für die Einfuhr billiger Medikamente zur AIDS-Behandlung einzusetzen. Als wichtiger Schritt für die Prävention, Kontrolle und Erforschung von AIDS ist die gleichzeitige Einweihung eines AIDS-Forschungszentrums zu betrachten, bei der Clinton ebenfalls zugegen war. Das Zentrum wurde in Beijing von der Chinesischen Akademie der Wissenschaften und dem Beijinger Union Medical College eingerichtet. (Vgl. XNA, 7. u. 12.11.03; SCMP, 11.11.03) Beide Ereignisse, die nicht ohne die aktive Unterstützung der chinesischen Regierung hätten stattfinden können, lassen erkennen, dass China den Kampf gegen AIDS nunmehr mit größerem

Engagement und Nachdruck führt als in der Vergangenheit. Die gewandelte Haltung der Regierung scheint zu einem nicht geringen Teil durch die Erfahrungen mit SARS verursacht zu sein, hatte die schnelle Ausbreitung dieser Epidemie die Gesundheitsbehörden nach anfänglichen Versuchen, das Ausmaß der Seuche zu verschweigen oder herunterzuspielen, doch die Notwendigkeit sehen lassen, die Flucht nach vorn anzutreten und die Seuche mit allen Mitteln zu bekämpfen. Dabei spielte nicht zuletzt die Sorge um die wirtschaftlichen Folgen der Seuche eine Rolle.

Auch in der AIDS-Politik ist Ähnliches zu beobachten. Lange wurde die Gefahr verdrängt und nichts getan; man war der Meinung, AIDS betreffe nur die Risikogruppen, also hauptsächlich Drogenabhängige und Homosexuelle, und diese wurden ohnehin diskriminiert. Spätestens seit Mitte der 1990er Jahre, als in der Provinz Henan die Bevölkerung ganzer Dörfer durch Blutspenden aufgrund mangelnder Hygiene mit dem AIDS-Virus infiziert wurden, mussten die Behörden erkennen, dass AIDS auch Opfer erfasst, die nicht zu den Risikogruppen gehören. Doch selbst dann noch unterbanden die Henaner Behörden, dass Journalisten und AIDS-Aktivistinnen den Skandal in allen Einzelheiten aufdeckten. Davon weiß die AIDS-Aktivistin Dr. Gao Yaojie, eine ehemalige Gynäkologin, ein Lied zu singen. Sie wurde jahrelang von den Behörden in Henan eingeschüchtert und verfolgt, weil sie sich um die Aufdeckung des Skandals bemühte (vgl. dazu BBC PF, 3., 11. u. 27.11.03; SCMP, 11.11.03). Jetzt hat die Aktivistin auf dem genannten Seminar an der Qinghua-Universität (an dessen Teilnahme sie zwei ihr nach Beijing nachgereiste Kader aus Henan hindern wollten) Ministerpräsident Wen Jiabao aufgerufen, bei der Finanzierung von Waisenhäusern für Kinder in Henan zu helfen, die ihre Eltern durch AIDS verloren haben.

Es gibt weitere Anzeichen dafür, dass der Staat den Kampf gegen AIDS verstärkt. Angesichts alarmierender Zahlen von HIV-Infizierten haben die Zentralregierung ebenso wie die Provinzregierungen ihre Mittel zur Bekämpfung der Seuche erhöht. Für die Prävention und Behandlung von AIDS wurden 6,8 Mrd. Yuan, für die Unter-

suchung und Verbesserung der Blutstationen 2,25 Mrd. Yuan bereitgestellt (XNA, 7.11.03). Auch die Aufklärung soll intensiviert werden. So wurde jetzt erstmalig die Werbung für Kondome im Zentralen Fernsehen legalisiert, nachdem ein früherer Versuch an moralischem Widerspruch gescheitert war (XNA, 28.11.03).

Einen entscheidenden Schritt vorwärts könnte die Ankündigung der Regierung bedeuten, AIDS-Kranken und HIV-Infizierten in den ländlichen Regionen und Bedürftigen in den Städten kostenfreie Behandlung zu gewährleisten. Das Programm ist bereits ange laufen, insgesamt werden gut 5.000 Kranke und Infizierte mit antiretroviralen Medikamenten behandelt. So positiv diese Maßnahme ist, als so problematisch erweist sie sich allerdings auch. Verabreicht werden vier kostengünstige, in China produzierte Generika, die aber häufig starke Nebenwirkungen haben. Aus diesem Grunde brechen viele die Therapie ab, von den gut 5.000 Auserwählten, die die Medikamente bekommen, sollen bereits über 1.000 die Pillen nicht mehr einnehmen. Die Zahl könnte durchaus auch höher liegen. Das Problem ist nämlich, dass die Kranken und Infizierten so gut wie gar nicht medizinisch betreut werden, sodass sie mehr oder weniger sich selbst überlassen sind. Hinzu kommt, dass das medizinische Personal durchweg keine Erfahrung mit AIDS hat; es soll in China nur 100 bis 200 entsprechend ausgebildete Ärzte geben, gebraucht würden mindestens 10.000. Die Medikamente werden bislang in den Provinzen Henan, Hubei, Anhui, Jilin, Shandong und Shanxi kostenlos verteilt, allein in der von dem Blutspendeskandal betroffenen Provinz Henan an 3.000 Patienten. Die Regierung plant, die kostenfreie Therapie in der nächsten Phase auf 20.000 bis 30.000 Patienten auszuweiten. Allerdings wird man sich überlegen müssen, ob es Zweck hat, das Programm unter diesen Umständen fortzuführen. (XNA, 7.11.03; IHT, 21. u. 24.11.03; SCMP, 17.11.03)

Problematisch ist überdies, dass zur Zeit nur ein Bruchteil der AIDS-Kranken und HIV-Träger von dem Programm profitiert; für die Auswahl gibt es keine genauen Kriterien. Offiziell wird die Zahl der HIV-Infizierten mit 840.000 angegeben, von denen 80.000

an AIDS erkrankt sind. Doch Fachleute halten diese Zahl, bei der es sich sowieso um eine Schätzung handelt, nur für die Spitze des Eisbergs und sind sicher, dass mit einer außerordentlich hohen Dunkelziffer zu rechnen ist. Aufgrund der verbreiteten Diskriminierung von AIDS würden sich viele Betroffene nicht testen lassen. Dies erschwert die Prävention ungemein und lässt es praktisch unmöglich erscheinen, der rapiden Ausbreitung des Virus Einhalt zu gebieten. Man schätzt, dass bis zum Jahre 2020 die Zahl der HIV-Infizierten auf 10 Millionen steigen könnte. Laut einer Untersuchung des Chinesischen Zentrums für Krankheitsprävention und -kontrolle wird HIV in China zum größten Teil durch intravenösen Drogenkonsum übertragen. Danach sollen 61,6% der HIV-Träger in China Drogenabhängige sein, vor allem in den Provinzen mit hohem Drogenkonsum wie Yunnan, Xinjiang, Guangdong und Guangxi. An zweiter Stelle stehen mit 9,4% Blutspenden; durch Geschlechtsverkehr werden 8,4% infiziert, durch Blutkonserven 1,6% und durch Mutter-Kind-Übertragung 0,3%; bei 18,7% ist die Ursache nicht geklärt (XNA, 27.11.03).

Von Seiten des UNAIDS-Office in New York werden Chinas Anstrengungen im Kampf gegen AIDS gelobt, allerdings wird auch gewarnt, dass AIDS in China sehr wahrscheinlich schon bald nicht mehr nur die Risikogruppen erfassen, sondern sich auch unter der übrigen Bevölkerung ausbreiten werde (XNA, 27.11.03). Insofern tickt eine Zeitbombe. Ein weiteres Dilemma besteht darin, dass kaum zu entscheiden ist, wo die Prioritäten beim Einsatz der knappen finanziellen Mittel liegen sollten, d.h. ob diese vorrangig zur Behandlung der Infizierten oder zur Aufklärung der Bevölkerung verwendet werden sollten. -st-

17 Rekord bei Anzahl der Welt- raumunternehmungen

Innerhalb eines Monats zwischen dem ersten bemannten Raumflug der Chinesen am 15. Oktober und dem 15. November 2003 hat China neben dem Raumschiff Shenzhou V noch vier Satelliten in den Orbit geschickt. Alle Abschüsse wurden mit der jüngsten

Serie der Trägerrakete Langer Marsch getätigt und waren erfolgreich. Dies stellt einen Rekord in der bisherigen Raumfahrt Chinas dar.

Nach dem bemannten Raumflug am 15./16. Oktober (vgl. dazu ausführlich C.a., 2003/10, S.1217-22) schickte China am 21. Oktober einen gemeinsam mit Brasilien entwickelten Satelliten für Erdressourcen sowie einen kleineren, von China entwickelten Satelliten in verschiedene Erdumlaufbahnen. Beide Abschüsse erfolgten vom Abschusszentrum Taiyuan (Shanxi).

Am 3. November wurde ein Satellit für wissenschaftliche Experimente mit einer Trägerrakete des Typs Langer Marsch 2 D in den Weltraum befördert. Das Unternehmen wurde von der neu erbauten Abschussrampe in Jiuguan (Gansu) gestartet. Der Satellit soll nach 18 Tagen zur Erde zurückkehren. Bei dem Abschuss soll es sich um den 73. Abschuss der Trägerrakete Langer Marsch seit 1970 und um den 31. erfolgreichen Start in Folge seit Oktober 1996 handeln. Chinesischen Raumfahrtexperten zufolge soll die Erfolgsquote der Trägerraketen Langer Marsch 91% betragen.

Am 15. November schließlich wurde vom Satellitenzentrum Xichang (Sichuan) aus ein Kommunikationssatellit mit einer Trägerrakete des Typs Langer Marsch 3 A in den Orbit befördert. Der geostationäre Satellit, der die Bezeichnung Zhongxing-20 trägt und 2,3 t wiegt, wurde von der Chinesischen Akademie für Raumfahrttechnologie und der China Aerospace Technology Corp. entworfen. Derzeit ist China dabei, eine neue Generation von Kommunikationssatelliten zu entwerfen. Die Telekommunikationssatelliten mit dem Namen Sino-II sollen sich durch eine größere Kapazität und längere Lebensdauer auszeichnen. Sie sollen in der ersten Hälfte des Jahres 2005 einsatzbereit sein.

Noch vor Jahresende soll in Zusammenarbeit mit der Europäischen Raumfahrtbehörde ESA ein Satellit ins All befördert werden. Er wird mit Instrumenten ausgestattet sein, die von der ESA und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften entworfen wurden. (Vgl. XNA, 3., 15., 17., 20., 25.11.03; BBC EF, 23.11.03) -st-

Außenwirtschaft

18 Attraktivität Chinas für deutsche Unternehmen ge- stiegen

Berichte aus den letzten Wochen zeigen, dass China als Standort für deutsche Unternehmen weiter an Bedeutung gewonnen hat. Während zunächst vor allem Unternehmen der verarbeitenden Industrie in China investiert hatten, zieht die schrittweise Liberalisierung des Dienstleistungssektors nach dem WTO-Beitritt inzwischen auch verstärkt deutsche Unternehmen an. Aus dem Bereich Finanzdienstleistungen hat die Bausparkasse Schwäbisch Hall am 29.10.03 die Betriebserlaubnis für die Sino-German Bausparkasse (SGB) von der Zentralbank erhalten. In dem Gemeinschaftsunternehmen ist die China Construction Bank (CCB), eine der vier großen Staatsbanken, der chinesische Partner, der einen Anteil von 75% hält. Die Verhandlungen über dieses Projekt liefen bereits seit mehreren Jahren; 1998 hatte die Kreditgenossenschaft eine Repräsentanz in Beijing eröffnen können. Das Gemeinschaftsunternehmen ist in der Stadt Tianjin angesiedelt, die 150 km von Beijing entfernt liegt und ebenfalls den Status einer regierungsunmittelbaren Stadt hat. (HB, 6.11.03; NfA, 10.11.03)

Deutscher Vorreiter in der Touristikbranche ist das Reiseunternehmen TUI AG, Hannover. Das Unternehmen gründete mit dem chinesischen Partner China Travel Service ein Joint Venture, an dem TUI mit 51% beteiligt ist. Für den Aufbau des Geschäfts in China sind 5-6 Mio. Euro vorgesehen. Die kommenden Jahre werden als „Aufbauzeit“ angesehen, und erst mittelfristig wird ein nennenswertes Geschäft erwartet. (NfA, 7.11.03)

Auch der Groß- und Einzelhandel bietet deutschen Unternehmen attraktive Bedingungen. Anfang November kündigte Hans-Joachim Körber, Vorstandsvorsitzender der Metro AG, Düsseldorf, die rasche Ausweitung der China-Investitionen an. So sollen in den kommenden fünf Jahren rd. 500